

24. Mai 2011, Neue Zürcher Zeitung

Dialoge über Menschenrechte sollen «flexibler» werden

Kein Erfolg mit gleichen Vorgaben für alle Länder

Das vielkritisierte Instrument des Menschenrechtsdialogs wird in der bisherigen Form nicht weitergeführt. Das Ausserdepartement (EDA) sucht nach individuelleren Modellen.

Simon Gemperli

Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey hat am Montag die Aussenpolitische Kommission des Nationalrats orientiert, dass die Schweiz die Menschenrechtsdialoge in der bisherigen Form nicht fortsetzen werde. Das ist ein überraschender Schnitt, zumal einige Dialoge schon lange bestehen und von mehreren Aussenministern stramm gegen jede Kritik verteidigt worden sind. Institutionalisierte Gespräche über Menschenrechte führt die Schweiz unter anderem mit Iran, China, Vietnam, Senegal, Nigeria oder Tadschikistan. Viele europäische Länder pflegen ebenfalls Menschenrechtsdialoge.

Feigenblatt

Tränen dürften in der Kommission nach Calmy-Reys Information nicht geflossen sein: Viele ihrer Mitglieder standen den Dialogen skeptisch gegenüber. Es bringe nichts, argumentierten sie, hinter geschlossenen Türen mit einem Land über Menschenrechte zu diskutieren, das diese mit den Füßen trete und daran nichts ändern wolle. Im schlimmsten Fall diene der Dialog dem Regime sogar als Feigenblatt. Die nicht ganz freien Zeitungen in Iran zum Beispiel lobten nach dem Besuch einer Schweizer Delegation die gute Menschenrechtssituation in ihrem eigenen Land jeweils in den höchsten Tönen.

Auf dem Abstellgleis

Wie es in einer Mitteilung des EDA heisst, erzielten die Dialoge «auf technischer Ebene in gewissen Ländern wohl Ergebnisse und einzelne Fortschritte». Insgesamt seien die Bemühungen aber zu sehr auf die Veränderung von Normen ausgerichtet gewesen und hätten den jeweiligen Besonderheiten der Länder nicht Rechnung getragen. Anders ausgedrückt: Es bringt nichts, mit allen Partnerländern über die gleichen Standards und Zielsetzungen zu diskutieren, weil die einen Demokratien, die anderen organisierte Diktaturen oder Schurkenstaaten sind.

Laut EDA besteht beim bisherigen Modell auch die Gefahr, dass der Menschenrechtsdialog zu einem isolierten und marginalisierten Gefäss in den bilateralen Beziehungen wird. Künftig soll das Thema auf allen Stufen und möglichst in allen bilateralen Kontakten zur Sprache gebracht werden. Der Dialog mit China zum Beispiel – das ist kein Geheimnis – hat bisher wenig bis nichts gebracht. Man kann Calmy-Reys Ankündigung folgendermassen deuten: Die Schweiz will mit China weiterhin über Menschenrechte reden, aber nicht auf einem Abstellgleis. Denn wenn Peking etwas nicht passt, sistiert es den Dialog einfach. Noch nicht entschieden ist, ob künftig mehr Menschenrechtsklauseln in Verträgen mit den Dialogpartnern angestrebt werden.

Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG

Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von NZZ Online ist nicht gestattet.

Diesen Artikel finden Sie auf NZZ Online unter:

http://www.nzz.ch/nachrichten/politik/schweiz/dialoge_ueber_menschenrechte_sollen_flexibler_werden_1.10682145.html